



DGB

EIN LEBENSWERTES

NIEDERSACHSEN FÜR ALLE!

GUTE ARBEIT

STARKE WIRTSCHAFT

UMFASSENDE BILDUNG

ROBUSTES GESUNDHEITSSYSTEM

SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

INHALT

VORWORT	3
NIEDERSACHSEN – LAND DER GUTEN ARBEIT	4
NIEDERSACHSENS WIRTSCHAFT STARK IM WANDEL	7
UMFASSENDE BILDUNG: MODERN UND GERECHT	10
ROBUSTES GESUNDHEITSSYSTEM: FÜR DIE MENSCHEN, NICHT DEN PROFIT	13
EIN HANDLUNGSFÄHIGER STAAT ALS GARANT GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE UND SOZIALER SICHERHEIT	16

VORWORT



Stephan Weil, Niedersächsischer Ministerpräsident
und Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen

Niedersachsen ist ein vielfältiges und weltoffenes Bundesland. Die Menschen in Niedersachsen wollen, dass es bei uns sozial gerecht zugeht. Die niedersächsischen Gewerkschaften und die niedersächsische SPD stehen für eine Gesellschaft, in der die Menschen frei, selbstbestimmt, gleichberechtigt und friedlich zusammenleben können. Unser Ziel ist ein Wohlstandsgewinn, an dem alle Menschen auf gerechte Weise partizipieren und der gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt. Wir wollen, dass die Beschäftigten durch gute tarifliche Lohnabschlüsse, gute Arbeitsbedingungen, umfassende und kostenfreie Bildung, verlässliche sozialstaatliche Leistungen, eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge und ein faires Steuersystem einen gerechten Anteil an der Wertschöpfung erhalten.

Die Basis dafür bilden ein handlungsfähiger Staat und eine erfolgreiche Wirtschaft, die Beschäftigung und Wohlstand in unserem Bundesland sichern. Sie sind auch das Fundament, um die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise aufzufangen und unsere Gesellschaft insgesamt krisenfester aufzustellen. In der Pandemie zeigen sich die bestehenden Missstände wie unter einem Brennglas, gleichzeitig haben wir jetzt die Chance dafür zu sor-



Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des DGB-Bezirks
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

gen, dass wir alle gut und im besten Fall gestärkt durch die Krise kommen. Dazu braucht es umfassende Investitions- und Konjunkturprogramme, die Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Gute Arbeit ins Zentrum rücken. Gleichzeitig müssen wir die öffentliche Daseinsvorsorge – besonders in den Bereichen Bildung und Gesundheit – stärken und ausbauen.

Unser Einsatz für diese Ziele bleibt untrennbar verbunden mit unserem Eintreten für eine demokratische Gesellschaft. Wir verteidigen die Demokratie gegen jede Form von Autoritarismus, Rechtsextremismus und -populismus, von Rassismus, von sozialer Spaltung und neoliberalen Marktradikalismus. Als Gewerkschaften und als SPD setzen wir uns für eine gerechte und demokratische Gestaltung aller Lebensverhältnisse ein. Soziale Lage, Herkunft, Geschlecht, Erwerbsstatus, Vermögen oder Alter dürfen nicht den Ausschlag für die Lebens- und Teilhabeperspektiven der Menschen geben.

Die Zukunft ist gestaltbar – solidarisch, gerecht, demokratisch! Unsere Markenzeichen für ein lebenswertes Niedersachsen: Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft, eine umfassende Bildung, ein robustes Gesundheitssystem und eine solidarische Gesellschaft.



NIEDERSACHSEN – LAND DER GUTEN ARBEIT

Arbeit ist Quelle des gesellschaftlichen Reichtums und Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens. Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifverträge sind unverzichtbar, um für alle Beschäftigten angemessene Arbeitsbedingungen zu erreichen.

GUTE ARBEIT IST TARIFLICH BEZAHLTE ARBEIT

Für Gewerkschaften und SPD ist eindeutig: Tarifverträge müssen die Norm in Niedersachsen sein und bleiben! Ohne Tarifverträge sind der Ausbeutung der Beschäftigten Tür und Tor geöffnet. Doch Fakt ist auch, dass Tariflöhne längst nicht bei allen Beschäftigten ankommen, denn immer weniger haben ein tarifvertraglich abgesichertes Arbeitsverhältnis. Die Tarifbindung in Niedersachsen muss deshalb wieder nachhaltig gestärkt werden. Alle politischen Hebel müssen genutzt werden, um die verantwortungslose Tarifrucht der Arbeitgeber zu beenden.

GUTE ARBEIT IST MITBESTIMMTE ARBEIT

Erst durch die Mitbestimmung wird die Demokratie auch in der Arbeitswelt gelebt. Gleichzeitig ist die Mitbestimmung in Betrieben, Verwaltungen und im öffentlichen Dienst ein echter Erfolgsfaktor in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung, des Klimawandels und der Alterung unserer Gesellschaft. Allerdings gibt es auch in Niedersachsen immer wieder Arbeitgeber, die die Arbeit von Betriebsräten behindern. Mitbestimmung wird unterlaufen, Betriebsratswahlen erschwert, Beschäftigte unter Druck gesetzt. Damit muss Schluss sein! Gewerkschaften und SPD in Niedersachsen stehen für eine starke Mitbestimmung und stärken ihr den Rücken.

GUTE ARBEIT IST SICHERE ARBEIT

Eine hohe Einkommens- und Beschäftigungssicherheit muss in der Arbeitswelt der Standard sein und bleiben. Doch Gute Arbeit ist längst nicht für alle Beschäftigten in Niedersachsen gegeben. Fast jedes vierte Arbeitsverhältnis liegt im Niedriglohnsektor. Prekäre Arbeit in Form von Leiharbeit und Werkverträgen hat sich weit verbreitet, die Zahl der unfreiwilligen Teilzeitarbeit und Minijobs wächst und sachgrundlose Befristungen greifen um sich. Deshalb braucht unser Land eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Wir wollen Niedersachsen zum Land der Guten Arbeit machen!

GEWERKSCHAFTEN UND SPD IN NIEDERSACHSEN SETZEN SICH GEMEINSAM EIN FÜR:

- bessere Rahmenbedingungen bei **Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (AVE)**, um die Geltungskraft von Tarifverträgen zu erweitern, sowie mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von landesweiten Tarifverträgen.
- die **Stärkung der Tarifbindung**, indem öffentliche Gelder bei der öffentlichen Auftragsvergabe und der Wirtschaftsförderung zukünftig ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen gehen. Darüber hinaus müssen öffentliche Förderung und Vergabe an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein.
- einen **besseren gesetzlichen Rahmen zur Mitbestimmung**, um rechtliche Lücken im deutschen Mitbestimmungsrecht zu schließen.
- eine **Erleichterung von Betriebsratswahlen** und mehr Mitspracherechte von Betriebs- und Personalräten sowie Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern in Aufsichtsräten.
- die **gleiche Bezahlung von Frauen und Männern**. Der Gender Pay Gap – die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern – muss vollständig geschlossen werden.
- eine stärkere **Regulation von Leiharbeit, Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen**.

- eine **Abschaffung** der sachgrundlosen Befristungen.
- einen **Mindestlohn** dauerhaft oberhalb der Niedriglohnschwelle.
- eine **Stärkung der Kontrolle von Arbeitsstandards** durch eine bessere Ausstattung der Gewerbeaufsichtsämter sowie eine bessere Kontrolle der Standards der öffentlichen Auftragsvergabe.
- einen besseren **Schutz für Mobile Beschäftigte vor Ausbeutung**.
- eine **geschlechtergerechte Arbeitswelt** durch eine Aufwertung von frauendominierten Berufen, die Durchsetzung von Entgeltgleichheit, mehr Frauen in Führungspositionen sowie ein modernes Gleichstellungsgesetz.
- eine **Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie** durch neue Arbeitszeitmodelle, die den Ansprüchen der Beschäftigten gerecht werden.
- eine Verbesserung der **Weiterbildung im Erwerbsleben** und eine Stärkung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen.
- eine **Stärkung der Dualen Ausbildung** und ihrer Rahmenbedingungen in Niedersachsen.
- ein **Recht auf Ausbildung für die Jugend** auf Basis eines Umlagesystems für die Ausbildungskosten auf Branchenebene sowie verbindlicher Anschlüsse für Menschen ohne Ausbildungsplatz.
- eine **Stärkung der Jugendberufsagenturen** in Niedersachsen, um flächendeckend alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu erfassen und für diese die Maßnahmen von Bundesagentur für Arbeit, Land und Kommune besser zu koordinieren.
- eine umfassende **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**, für ein Recht auf Weiterbildung und eine aktivere Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen.
- den **Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors** mit fairen Bedingungen für Langzeitarbeitslose sowie die **Einführung eines landesweiten Förderprogramms** zur Ergänzung des Teilhabechancengesetzes für gemeinnützige Träger und Kommunen.



NIEDERSACHSENS

WIRTSCHAFT

STARK IM WANDEL

Die niedersächsische Wirtschaft ist ein Motor für Wertschöpfung mit internationaler Strahlkraft. Mit unserer ökonomischen Basis hat Niedersachsen beste Voraussetzungen, Wohlstand und Gute Arbeit für die Menschen zu schaffen. Die niedersächsischen Gewerkschaften und die SPD stehen für eine schnelle Überwindung der Corona-Krise und eine innovative und nachhaltige Entwicklung der niedersächsischen Wirtschaft.

MODERNISIERUNG NIEDERSACHSENS MIT LANDESEIGENEM NFONDS

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben zu einem beispiellosen Einbruch der wirtschaftlichen Leistung geführt. Niedersachsen braucht Investitionen, die wieder eine Wachstumsdynamik einleiten, Beschäftigung und Einkommen sichern und gleichzeitig die Krisenfestigkeit unserer Wirtschaft stärken. Die Corona-Krise darf weder durch die Klimakrise noch eine soziale Krise abgelöst werden. Die Schuldenbremse ist investitionsfeindlich. Niedersachsen darf sich dadurch nicht lähmen lassen. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung, Investitionsinstrumente zu entwickeln, die rechtskonform neue Handlungsspielräume für Investitionen eröffnen. Eine umfassende, zukunftsgerichtete Investitionstätigkeit lässt sich nicht über eine jährliche Budgetplanung abbilden. Eine Antwort auf diese Herausforderung ist die Gründung eines Investitionsfonds im unveräußerlichen Landesbesitz: Den Niedersachsenfonds (NFonds). Der NFonds hat die Aufgabe, den öffentlichen Kapitalstock in Niedersachsen mit öffentlichen Investitionen, Investitionszuschüssen und zinsgünstigen Krediten zu modernisieren. Eine unkontrollierte Verschuldung ist ausgeschlossen, da den Investitionen reale Vermögenswerte und eindeutige Refinanzierungs- und Tilgungspläne gegenüberstehen. Der NFonds bietet zahlreiche Möglichkeiten für öffentlich-öffentliche Partnerschaften (ÖÖP) beispielsweise zwischen Land und Kommunen bzw. deren Eigenbetrieben.

GESTALTUNG DES SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN WANDELS

Die niedersächsische Wirtschaft ist insbesondere in ihren Schwerpunktbereichen durch einen Strukturwandel gefordert. Der technologische Wandel, Digitalisierung und Globalisierungsprozesse bewirken wirtschaftliche Strukturbrüche. Parallel dazu wird die Bekämpfung des Klimawandels immer dringlicher und macht den Weg in eine treibhausgasneutrale Zukunft notwendig. Der Wandel muss auf Basis einer innovativen Industrie- und Dienstleistungspolitik gestaltet werden, die Niedersachsen in allen Dimensionen nachhaltig aufstellt und damit Wohlstand, Wertschöpfung und Beschäftigung in unserem Bundesland hält.

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Zukunftsinvestitionen bestimmen die Dynamik der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und eine Stärkung der Nachfrage sind eine Grundbedingung für private Investitionen. Private Investitionen in nachhaltiges Wachstum schaffen Arbeitsplätze und erhöhen die Steuereinnahmen. Grundbedingung hierfür ist ein Staat, der Verantwortung übernimmt und Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur vornimmt. Es ist gerecht, ökonomisch und ökologisch sinnvoll, heute auch unter Nutzung von Krediten mit Niedrigzinsen in die klimafreundliche Modernisierung unseres Bundeslandes zu investieren. Durch einen langfristig angelegten Investitionspfad muss der entstandene Investitionsstau in Niedersachsen aufgelöst werden.

GEWERKSCHAFTEN UND SPD IN NIEDERSACHSEN SETZEN SICH GEMEINSAM EIN FÜR:

- einE **moderne und nachhaltige Dienstleistungs- und Industriepolitik**, die beschäftigtenorientiert auf Teilhabe, Innovation und Investitionen setzt.
- eine **Konjunktur- und Investitionspolitik**, die auf Krisenprävention, Nachfragesicherung und Zukunftsinvestitionen setzt.
- eine **Gestaltung des laufenden Strukturwandels** in den niedersächsischen Schlüsselbranchen mit Instrumenten wie **Zukunftsvereinbarungen** über künftige Produkte, Investitionen und Beschäftigungsbrücken und öffentlichen **Transformations- und Beteiligungsfonds**.
- die Stärkung vollständiger **Wertschöpfungsketten** in Niedersachsen.
- die **Erreichung der Klimaziele**.
- eine **erfolgreiche Energiewende**, indem Niedersachsen durch eine vitale Windkraftbranche und den verstärkten Einsatz von Photovoltaik zum Land der erneuerbaren Energien Nr. 1 wird.
- klare **gesetzliche Leitplanken** der Energiewende, die Anforderungen an die Versorgungssicherheit stellen, veränderte Rollen im Energiesystem definieren und entsprechende Planbarkeit ermöglichen.
- einen Aufbau einer **sektorübergreifenden, grünen Wasserstoffwirtschaft** in Niedersachsen u. a. durch stärkere Investitionen in die Forschung und Entwicklung, in die Umsetzung von Pilotvorhaben zu Umwandlungstechnologien wie Elektrolyse, den Aufbau von Wasserstoff-Hubs oder auch den verstärkten Einsatz von Wasserstoffzügen auf den nicht-elektrifizierten Bahnstrecken.
- eine Stärkung von **Qualifizierung, Forschung, Entwicklung und Innovationen** insbesondere in den Bereichen **Batteriezellenforschung und -fertigung** sowie deren Recycling ebenso wie die weitere Forschung im Bereich der **Brennstoffzellentechnologie**.

- ein **intelligentes Zusammenspiel** aller Verkehrsträger insbesondere auf Basis eines innovativen Verkehrsmanagements und einen leistungsstarken und attraktiven ÖPNV und SPNV.
- bessere Rahmenbedingungen für **mehr Elektro- und Wasserstoffmobilität** u. a. durch den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien, den kurzfristigen Ausbau der Lade- und Schnellladeinfrastruktur für die Elektromobilität sowie der Tankstelleninfrastruktur für die Wasserstoffmobilität.
- den **Ausbau des ÖPNV und des SPNV**, insbesondere der Schienennetze durch Neu- und Ausbau sowie der Wiederinbetriebnahme von Trassen.
- den Aufbau von Begleitstrukturen, Investitionen und Modellprojekten, um den **Strukturwandel in der Automobilindustrie** eng zu begleiten und zu fördern bspw. durch die Unterstützung der Unternehmen und ihrer Beschäftigten beim Umbau der technologischen Basis und der ggf. notwendigen Qualifizierungsprozesse.
- eine **niedersächsische Investitionsoffensive**, die den öffentlichen und privaten Kapitalstock grundlegend modernisiert und eine leistungsfähige Infrastruktur für unseren starken Industrie- und Dienstleistungsstandort garantiert.
- die Gründung eines **landeseigenen Investitionsfonds: Den NFonds!**



UMFASSENDE BILDUNG: MODERN UND GERECHT.

Gute Bildung ist für eine aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft unverzichtbar. Bildung darf nicht vom Einkommen oder vom Wohnort abhängig sein – das gilt für den gesamten Bildungsweg, von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung. Unser Bildungssystem muss zum Ort der gesellschaftlichen Teilhabe werden.

Im Bildungssektor zeigen sich im Zuge der Corona-Pandemie Defizite in der Infrastruktur auf eindringliche Weise. Niedersachsen muss deshalb sowohl bei der Bildungsinfrastruktur als auch in Sachen Digitalisierung, E-Learning und in der Hardware-Ausstattung nachlegen und die Innenausstattung der Gebäude den Lehr- und Lernbedürfnissen anpassen. Gleichzeitig hat uns die Umstellung auf wochenlanges »Homeschooling« gezeigt, dass die gesellschaftlichen und technischen Veränderungen nicht nur eine moderne Ausstattung von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern erfordern, sondern auch neue Bildungsinhalte und -formate.

Die Investitionen im gesamten Bildungswesen sind trotz großer Anstrengungen noch nicht ausreichend. Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung aller Bildungseinrichtungen sind Voraussetzung dafür, eine bessere Teilhabe für jedes Kind zu gewährleisten.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Krippen und Kitas sind für viele Kinder der erste Zugang zu Bildung. Hier erhalten sie Chancen auf Förderung und Teilhabe. Dafür brauchen wir genügend Plätze in Krippen, Kitas, Horten und Familienzentren und ausreichend Erzieherinnen und Erzieher. Wir werden die Ausbildungskapazitäten weiter konsequent ausbauen. Zur Steigerung der Attraktivität setzen wir auf eine bezahlte Ausbildung. Für die optimale Förderung der Kinder ist eine Fachkraft-Kind-Relation von mindestens einer Fachkraft auf acht Kitakinder notwendig. Eine ausreichende Vorbereitungszeit ist sicherzustellen, ebenso ausreichend Zeit für Leitungsaufgaben und Weiterbildungen. Unser Ziel sind 7,5 Stunden Verfügungszeit pro Fachkraft.

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG

Die Gewerkschaften und die SPD stehen für ein durchlässiges Schulsystem, das die Entscheidung über den späteren Lebensweg offenhält und aktiv Benachteiligungen ausgleicht. Damit die Schulen Teilhabe und Chancengleichheit vermitteln können, benötigen sie für diese Aufgabe gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal, eine gute Ausstattung und moderne Schulgebäude. Wir stehen für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen der in der Schule Tätigen, auch um den notwendigen Fachkräftebedarf zu sichern.

Wichtig ist dabei folgender Grundsatz für die Schulen, für dessen schrittweise Umsetzung wir uns einsetzen: Schulen sind Ganztagschulen, in denen Teams aus Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften und weiteren Professionen zusammenarbeiten.

INKLUSION

Wir bekennen uns ausdrücklich zur UN-Behindertenrechtskonvention und möchten die daraus abgeleitete Inklusion konsequent weiterentwickeln. Der Weg zur Inklusion kann für die Bildungseinrichtungen, Politik, Verwaltung, aber auch für die Gesellschaft nur schrittweise erfolgen. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Bund, Ländern und Kommunen gestaltet werden muss. Dafür ist eine gute finanzielle und personelle Ausstattung unerlässlich. Die Stellen für pädagogische Fachkräfte an den inklusiven Schulen und Förderschulen in Niedersachsen müssen kontinuierlich weiter ausgebaut werden, ebenso wie die Schulsozialarbeit. Dazu müssen zusätzliche Stellen für pädagogische Fachkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter geschaffen werden.

ANGEMESSENE BILDUNGSFINANZIERUNG

Der Zugang zu Bildung muss flächendeckend kostenfrei möglich sein. Diese finanzintensive Aufgabe können Kommunen und Länder nicht alleine schultern. Bildung muss losgelöst vom Föderalismus finanziert werden. Dazu ist eine finanzielle Beteiligung des Bundes unerlässlich.

Niedersachsen muss Vorreiter für die Teilhabe im Bildungsbereich werden. Um unsere Ziele abzusichern, sollte der Kultusetat mittelfristig um eine Milliarde Euro wachsen. Langfristig bleibt es politisches Ziel, die Vorgaben des Bildungsgipfels von 2008, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung auszugeben, zu erreichen.

GEWERKSCHAFTEN UND SPD IN NIEDERSACHSEN SETZEN SICH GEMEINSAM EIN FÜR:

- ein qualitativ hochwertiges, inklusives, geschlechtergerechtes und solide ausgestattetes öffentliches Bildungswesen, das durch Gute Bildung den Zugang zur Welt, zu Gesellschaft und Beruf eröffnet.
- eine Stärkung der Schulen durch eine höhere Zuweisung von Ressourcen, um soziale Benachteiligungen aktiv auszugleichen.
- die Verbesserung der Attraktivität des Berufs durch bessere Bezahlung nach A 13/E 13 für alle ausgebildeten Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte.
- eine gezielte Ausweitung der Kapazitäten für Lehramtsstudiengänge und im Vorbereitungsdienst, um entsprechend der Bedarfe Lehrkräfte einzustellen.
- einen garantierten Einstellungskorridor entsprechend der Bedarfe pro Jahr.
- die Erhöhung der Entlastungsstunden für die Schulen, um besonderen Belastungen gezielt begegnen zu können.
- eine Altersermäßigung in drei Schritten je eine Stunde sowie die Berücksichtigung der Situation der Teilzeitkräfte und Neufassung des Teilzeiterlasses.
- einen Anspruch auf Vollzeit für alle Landesbeschäftigten in der Schule.
- den Ausbau der Schulsozialarbeit durch die Schaffung von Stellen.
- eine Stärkung der Beruflichen Bildung und der Berufsbildenden Schulen durch ein spezielles Landesprogramm unter Einbeziehung der Sozialpartner.
- die Abschaffung des Schulgeldes in den sozialen Berufen.
- die Einführung des kostenfreien Schülerverkehrs im Sekundarbereich II (Gymnasiale Oberstufe und Berufsbildende Schule) und eines »Niedersachsen-Schülertickets« mit einem Eigenbeitrag.



**ROBUSTES GESUNDHEITSSYSTEM:
FÜR DIE MENSCHEN,
NICHT DEN PROFIT**

Gesundheit ist die entscheidende Basis unserer Lebensqualität - für jeden Menschen! Deshalb ist es besonders wichtig, dass eine gute medizinische Versorgung einkommensunabhängig gewährleistet wird. Statt einer Drei-Klassen-Medizin wollen wir eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung und Pflege, die sich alle leisten können, einen umfassenden betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und eine angemessene finanzielle Ausstattung des Pflege- und Gesundheitsbereichs. Unter Beachtung des Schutzes und der Sicherheit von Patientinnen und Patienten ist eine wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung sicherzustellen und die Attraktivität der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Berufe zu steigern. Besonders die Bewältigung der Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine dezentrale Krankenhausstruktur in Niedersachsen ist.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat unser Gesundheitssystem an seine Grenzen gebracht und den Beschäftigten insbesondere der Krankenhäuser das Äußerste abverlangt. Die Krise hat uns gezeigt: Wir brauchen endlich eine nachhaltige Verbesserung von Arbeits- und Rahmenbedingungen mit einer fairen Bezahlung für die Pflegekräfte.

NEUORDNUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS

Die Corona-Krise unterstreicht, dass die Privatisierung im Gesundheitswesen ein falscher Weg gewesen ist, der zu einem Verlust der flächendeckenden medizinischen Versorgung führen kann und teilweise schon geführt hat. Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Kernelement staatlicher Daseinsvorsorge. Deshalb muss die fortschreitende Ökonomisierung gestoppt und soweit wie möglich eine Rekommunalisierung mit Unterstützung von Land und Bund eingeleitet werden.

ÄRZTLICHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Gerade in den ländlichen Räumen in Niedersachsen steuern wir auf ernste Probleme in der ärztlichen Versorgung zu. Die Einführung einer sogenannten Landarztquote ist ein sinnvoller Baustein zur Verbesserung im ländlichen Raum. Die Quote ermöglicht es, bis zu 10 Prozent der Studienplätze an Bewerberinnen und Bewerber zu vergeben, die sich verpflichten, nach Abschluss ihrer Ausbildung für bis zu zehn Jahre in der hausärztlichen Versorgung in ländlichen unterversorgten Regionen tätig zu sein.

DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung bietet im Gesundheitswesen große Chancen zur Sicherung und Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung. Sie hilft und dient dazu, Arbeitsabläufe und -prozesse zu verbessern, bietet eine Entlastung bei Routine- und Dokumentationsaufgaben und kann zu mehr Zeit für Patientinnen und Patienten führen. Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen bietet die Digitalisierung Chancen, weite Wege zu überwinden, Fachkräfte zu entlasten und unsere gute Versorgung zu erhalten und zu verbessern.

KONZERTIERTE AKTION PFLEGE

Der überfällige Wandel in der Pflege kann nur gemeinsam erfolgreich gestaltet werden. Die »Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen« (KAP.Ni), die die Landesregierung mit den Pflegekassen und Pflegeanbietern initiiert hat, später auch mit Beteiligung der Gewerkschaften und Vertretungen der Pflegenden, ist daher ein richtiger Ansatz. Das gemeinsame Leitbild ist dabei eine attraktive Vergütung in der Pflege. Es geht um mehr Unterstützung, mehr Entlastung und mehr finanzielle Ressourcen. Die Förderung der Investitionskosten nach dem Niedersächsischen Pflegegesetz soll künftig von einer tarifgerechten Bezahlung der Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen abhängen.

GEWERKSCHAFTEN UND SPD IN NIEDERSACHSEN SETZEN SICH GEMEINSAM EIN FÜR:

- eine **Neuordnung im Gesundheitssektor** durch eine enge Begrenzung von Renditebestreben, die Einführung einer paritätischen Bürgerversicherung und die Sicherung einer guten Versorgung bei gleichzeitig guten Rahmenbedingungen für die Beschäftigten.
 - eine **optimale medizinische Versorgung in der Fläche** durch eine entsprechende Krankenhausplanung, eine sektorenübergreifenden Versorgung und die Einführung einer Landarztquote.
 - die **Nutzung der Digitalisierung** zur Sicherung und Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung.
 - eine **ausreichende Personalbemessung**, insbesondere für die Pflege, sowie die Herstellung von Tarifbindung für die Bezahlung wie auch der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.
 - einen **Tarifvertrag auf Bundesebene**, der durch den Bundesarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt werden kann, sowie eine Verpflichtung der Kostenträger, der Kranken- bzw. Pflegekassen und der Kommunen, Tarifverträge und Vereinbarungen in vollem Umfang zu refinanzieren.
- die **Weiterentwicklung der Pflegeversicherung** zunächst hinsichtlich einer Deckelung der Eigenanteile der zu Pflegenden und einem Steuerzuschuss zum Ausgleich, langfristig einer Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer paritätischen Vollversicherung oder Bürgerversicherung.
 - die Durchsetzung von Standards durch ein **Pflegegesetz**, das Wohl der Patientinnen und Patienten und der Beschäftigten gleichermaßen berücksichtigt.
 - eine Bindung der Investitionsmittel des Landes an eine **tarifliche Bezahlung**.
 - eine **Begrenzung der Leiharbeit** im Gesundheitswesen.
 - die Förderung von **Digitalisierungsprojekten** z. B. bei ambulanten Pflegediensten für die Einführung elektronischer Pflegedokumentationen, elektronischer Leistungserfassung und Tourenplanung sowie Telearbeit und Telepflege und insbesondere das Projekt IVENA zur Verbesserung der Versorgung von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten.



EIN HANDLUNGS- FÄHIGER STAAT ALS GARANT GESELL- SCHAFTLICHER TEILHABE UND SOZIALER SICHERHEIT

Ein starker Sozialstaat, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur, ein zuverlässiger und bürgernaher öffentlicher Dienst, innere und äußere Sicherheit für alle – das erwarten die Menschen in Niedersachsen zu Recht von unserem Staat. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Handlungsfähigkeit des Staates ist. Unser Land benötigt mehr denn je einen handlungsfähigen Staat, der die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet und über die Durchsetzungsmacht verfügt, auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Diese wollen und werden wir weiter stärken.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Wir wollen eine Gesellschaft des solidarischen Zusammenlebens, die niemanden zurücklässt. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird unsere Gesellschaft lebenswert und zukunftsfähig sein. Die Menschen in Niedersachsen müssen vor Armut und Abstiegsängsten geschützt werden. Voraussetzung hierfür ist eine umfangreiche soziale Absicherung, die die Risiken des Lebens auffängt und soziale Gerechtigkeit herstellt.

GEWERKSCHAFTEN UND SPD IN NIEDERSACHSEN SETZEN SICH GEMEINSAM EIN FÜR:

- einen starken und solidarischen Sozialstaat.
- eine **Bekämpfung der Armut** insgesamt durch einen Ausbau der sozialen Sicherung.
- eine **Bekämpfung der Kinderarmut** u. a. durch die Einführung einer Kindergrundsicherung und die Verbesserung von Erwerbs- und Teilhabechancen von Alleinerziehenden.
- eine **Bekämpfung der Altersarmut** vor allem durch die nachhaltige Stärkung der gesetzlichen Rente.
- eine Garantie **gesellschaftlicher Teilhabe** für alle durch eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge und eine leistungsstarke öffentliche Infrastruktur.
- mehr **Verteilungsgerechtigkeit** durch eine gerechte Umverteilung des Wohlstandes in unserem Land.
- für eine solidarische Finanzierung eines modernen und zukunftsfähigen Gemeinwesens im Sinne der **Steuergerechtigkeit**, indem die höchsten Einkommen und größten Vermögen wieder stärker in die Pflicht genommen werden.
- den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer **Gemeindewirtschaftssteuer** durch die Einbeziehung der gesamten Einkünfte aus selbstständigen Tätigkeiten.
- eine **bessere Personalausstattung** der Finanzbehörden und eine **größere Kontrollichte**, damit Steuergerechtigkeit auch durchgesetzt wird.

DIENST AN UNSEREM LAND

Unser öffentlicher Dienst ist mit den Beschäftigten im Land und in den Kommunen die zentrale Stärke unseres niedersächsischen Gemeinwesens. Wir wollen die Rahmenbedingungen und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes verbessern und zukunftsfähig machen. Hierzu bedarf es einer Kultur der Wertschätzung für unsere Beschäftigten und bessere Arbeits- und Entwicklungsbedingungen. Die Bezahlung muss durch ihre Tarif- und Besoldungsstrukturen attraktiv sein und mit der Preis- und der Lohnentwicklung im privaten Sektor Schritt halten. Die Nachwuchsgewinnung mit gut qualifizierten Kräften ist mit hoher Priorität fortzusetzen. Zugleich muss die Bereitschaft zur individuellen Fortentwicklung durch Anreize unterstützt werden. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat gezeigt, dass der digitale Wandel als Ansatz für eine qualitative (Weiter-) Entwicklung des öffentlichen Dienstes genutzt werden sollte. Die Digitalisierung wird in erster Linie dann zu Verbesserungen führen, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet wird und nachvollziehbaren Ängsten durch eine intensive Beteiligung entgegengewirkt wird. Gleichzeitig brauchen wir in Zukunft eindeutige Regelungen für den Arbeitsschutz, eine gute Aus- und stetige Weiterbildung und umfassende Investitionen in die (digitale) Ausstattung. Dies bedeutet auch, dass es keine Konsolidierungspolitik vorrangig auf Kosten des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Funktions- und Handlungsfähigkeit geben darf.

GEWERKSCHAFTEN UND SPD IN NIEDERSACHSEN SETZEN SICH GEMEINSAM EIN FÜR:

- öffentlich bereitgestellte Leistungen auf dem höchsten Niveau – von der Gesundheitsversorgung über die frühkindliche Bildung bis zur Altenpflege und der inneren Sicherheit.
- einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst mit guten Arbeitsbedingungen, attraktiver Weiterbildungsangebote, einer besseren Ausstattung mit Personal und Sachgütern und einer erfolgreichen Nachwuchsgewinnung.
- eine zukunftsgerechte und wettbewerbsfähige Gestaltung von Tarif- und Besoldungsstrukturen im öffentlichen Dienst.
- die ergänzende Gewährung zusätzlicher gehaltswirksamer Leistungen, z. B. in Form gesundheitsfördernder Maßnahmen oder für die Nutzung von Elektromobilität.
- ein persönliches, zeitlich übertragbares Entwicklungsbudget für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, das sie für ein vom Dienstherrn zertifiziertes Aus- und Fortbildungsangebot nutzen können und dessen Inanspruchnahme bei der Bewertung ihrer Leistungen zu berücksichtigen ist.
- Anreize für Weiterbildung, soziales Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit der Beschäftigten, die sich positiv auf dienstliche Bewertungen und das berufliche Fortkommen auswirken.
- einen fortgeführten Auf- und Ausbau der eigenen Ausbildung für den Landesdienst.
- Rahmenvereinbarungen zur qualitativen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes im digitalen Wandel.
- umfassende Investitionen in die Ausstattung etwa mit mobilen Endgeräten und Konferenzsoftware sowie in die Aus- und stetige Weiterbildung in der Digitalisierung.
- eine sinnvolle Nutzung der digitalen Möglichkeiten insbesondere des Homeoffices unter Einhaltung des Arbeitsschutzes. Das Arbeiten von Zuhause muss Entlastung für die Beschäftigten bringen und darf keine zusätzliche Belastung sein.

MEHR BEZAHLBARER, ÖFFENTLICHER WOHNRAUM

Insbesondere die Menschen, die in den Städten arbeiten und das städtische Leben in Gang halten, können sich immer öfter ihre Wohnungen nicht mehr leisten. Niedersachsen braucht eine dauerhafte wohnungspolitische Wende, die die immensen Preissteigerungen auf den Miet- und Immobilienmärkten entscheidend dämpft.

GEWERKSCHAFTEN UND SPD IN NIEDERSACHSEN SETZEN SICH GEMEINSAM EIN FÜR:

- eine Ausweitung der Bautätigkeit in Niedersachsen auf durchschnittlich 35.000 Wohnungen jährlich, damit eine Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum möglich wird.
- den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, damit der Bestand an Sozialwohnungen in Niedersachsen dauerhaft um 100.000 Wohneinheiten angehoben wird.
- einen Pakt gegen Wohnungslosigkeit und mehr Projekte nach dem Konzept Housing First.
- die Gründung einer unveräußerlichen Landeswohnungsbaugesellschaft und den schnellstmöglichen Aufbau von 40.000 landeseigenen Wohnungen in angespannten Wohnungsmärkten.
- die Schaffung eines öffentlichen Bodenfonds des Landes zur Unterstützung von Kommunen bei der Mobilisierung und Rekommunalisierung von Bauland.

- eine Stärkung von nicht gewinnorientierten Genossenschaften und kommunaler Wohnbaugesellschaften durch die Bereitstellung von Liegenschaften und öffentlich-öffentliche Partnerschaften.
- eine preisdämpfende Mietpolitik durch u. a. einer Kappung der Mieterhöhungen im Bestand, eines Ausbaus und einer Schärfung der Mietpreisbremse und rechtsichere Mietpiegel mit ausgeweiteten Betrachtungszeitraum auf zehn Jahre.
- eine Personalaufstockung in den Bau- und Planungsbehörden der niedersächsischen Kommunen sowie eine Stärkung von öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbaugesellschaften.
- die Nutzung von städtebaulichen Verträgen, um etwa Betreiberinnen und Betreiber von Neubauprojekten zur Schaffung von Sozialwohnungen zu verpflichten.
- eine Rekommunalisierung von Wohnungen und Grundstücken und einen verstärkter Einsatz von sozialen und nachhaltigen Grundstücksvergaben.

IMPRESSUM

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 1
30159 Hannover
www.niedersachsen.dgb.de

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
SPD-Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
www.spdnds.de

V.i.S.d.P.: Axel Rienhoff